

FDP Friedberg

## **FDP: AUTOHÄUSER SIND WERTVOLLER TEIL UNSERES LOKALEN WIRTSCHAFTSLEBENS**

09.12.2020

---

**Achim Güssgen-Ackva: „Immerhin geben die GRÜNEN rechtzeitig vor der Wahl bekannt, dass sie wirtschaftsfeindlich sind.“**

„Der Kampf vieler Grüner gegen das Auto und alles was mit diesem zu tun hat nimmt immer mehr Züge eines Kreuzzugs an“, so Achim Güssgen-Ackva, Fraktionsvorsitzender der FDP in der Friedberger Stadtverordnetenversammlung. „Es ist weder moralisch verwerflich noch kriminell, Autos zu besitzen, Autos zu fahren, Autos zu verkaufen und auch zwischenzulagern. Die Automobilindustrie mit all ihren zugehörenden Gewerben wie Verkauf und Reparatur ist Teil unserer Wirtschaft. Das hat vor allem in der Vergangenheit zu einem signifikanten Anteil am Gewerbesteueraufkommen in Friedberg beigetragen.“ Wer das Kfz-Gewerbe vergraule, dürfe sich nicht wundern, wenn dann die Grundsteuern erhöht werden, um die vielfältigen Aufgaben der Stadt z.B. bei der Kinderbetreuung finanzieren zu können. Es sei ein großer Fehler der Stadt gewesen, dass man sich nicht nachdrücklich für den Verbleib von Ford Kögler -ehemals einer der größten Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber in Friedberg- eingesetzt hat. Auch KIA Kögler sei nicht mehr mit seinem Hauptsitz in Friedberg ansässig.

„Die Grünen in Friedberg zeigen sich mit den Vorschlägen zum Bebauungsplan für das ehemalige Brunnengelände in Dorheim einmal mehr nicht nur als wirtschaftsfeindliche, sondern auch als wirtschaftsunkundige Partei“, stellte Dr. Markus A. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP Friedberg, fest. „Welches Kleingewerbe sich auf einer Freifläche mal eben ansiedeln soll, bleibt ein Geheimnis der Grünen. Und wer eine andere Bebauung der versiegelten Fläche finanzieren soll, ebenso. Es war im Übrigen die FDP, die sich zuerst deutlich gegen die Flächenversiegelung für eine Kindertagesstätte in der Taunusstraße ausgesprochen hat. „Das ist schon mehr als dreist, dass die Grünen

dies für sich reklamieren“, so Helge Müller.

„Naturschutz und Wirtschaft funktionieren nur Hand in Hand, ohne dass man einzelne Bereiche geradezu kriminalisiert. Die FDP setzt sich für eine vernunftbasierte Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaft ein, die sich an den realistischen Möglichkeiten orientiert. Wir engagieren uns dafür, dass sich auch künftig niemand schämen muss oder an den Pranger gestellt wird, wenn man das private Auto benutzt,“ betonte Achim Güssgen-Ackva.